

**VERMERK**

---

**Betr.:**                **Synthesebericht über die Plenartagung**  
                          –        **Brüssel, 20. Dezember 2002**<sup>1</sup>

---

**I.    ERÖFFNUNG DER TAGUNG**

**1.    Vorstellung des Arbeitsprogramms für das Jahr 2003 durch den Vorsitzenden**

1.    Der Vorsitzende Giscard d'Estaing eröffnete die Plenartagung des Konvents damit, dass er das Ergebnis der Tagung des Europäischen Rates (Kopenhagen) hinsichtlich der Erweiterung begrüßte. Er bat den Konvent, gemeinsam mit ihm die zehn Länder zu beglückwünschen, mit denen die Verhandlungen nunmehr abgeschlossen wurden.
2.    Der Vorsitzende erinnerte an die beträchtliche Arbeit, die von Beginn des Jahres 2003 an vor dem Konvent liegt, falls die vom Europäischen Rat in Kopenhagen gesetzte Frist für den Abschluss der Arbeiten des Konvents eingehalten werden soll. Thema der Januartagung des Konvents werde eine erste Erörterung der Funktionsweise der Organe sein, die anhand eines vom Präsidium zuvor verteilten Diskussionspapiers erfolgen werde. In der ersten der beiden Februartagungen werde der Bericht der Gruppe "Soziales Europa" und eventuell auch das Thema regionale Dimension erörtert. Zugleich beginne das Präsidium mit der Ausarbeitung von Entwürfen für Vertragsartikel, wobei es sich auf die Erörterungen im Plenum und auf

---

<sup>1</sup>    Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website <http://european-convention.eu.int> eingesehen werden.

die Berichte der einzelnen Gruppen stützen werde. Die erste Reihe von Artikeln (Titel I, II und III) werde bereits ausgearbeitet und dürfte dem Konvent auf seiner Januartagung mit dem Ziel vorgelegt werden, sie im Februar zu erörtern. Die zweite Reihe (Titel V, VII und IX) werde dann im Februar vorgelegt und die dritte Reihe (Titel IV, VI, VIII und X) im März/April. Der Konvent würde somit bis Ostern über einen vollständigen Entwurf des ersten Teils des Vertrags verfügen; auch der Teil III (Allgemeine und Schlussbestimmungen) werde im April verteilt.

3. Zugleich würden die Arbeiten am zweiten Teil des Vertrags beginnen. Das Präsidium beabsichtige, dem Konvent bis Ende Januar eine Analyse der derzeitigen Vertragsartikel vorzulegen, aus der hervorgehe, welche Artikel durch neue Artikel im Teil I des neuen Vertrags ersetzt würden, welche Artikel durch neue Artikel im Teil II ersetzt werden müssten (z.B. die derzeitigen GASP- und JI-Bestimmungen) und welche Artikel nur leicht technisch angepasst werden müssten (um den neuen Bestimmungen des Teils I Rechnung zu tragen). Das Präsidium werde Entwürfe derjenigen Artikel des Teils II erarbeiten, bei denen inhaltliche Änderungen erforderlich seien. Für die Artikel, die nur technisch angepasst werden müssten, sei eine Zusammenarbeit des Konventssekretariats mit einer Gruppe von Sachverständigen geplant, die sich aus Vertretern der Juristischen Dienste der drei Organe zusammensetze.
4. Die weitere Behandlung der Artikelentwürfe werde von den Ergebnissen der Erörterungen im Plenum abhängen. Würden sie im Plenum weitgehend akzeptiert, so werde an die Mitglieder des Konvents die Aufforderung ergehen, anschließend schriftlich Bemerkungen zu einzelnen Punkten vorzulegen, die sie berücksichtigt haben wollten. Gebe es Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Inhalts, so könnte eine Diskussionsgruppe mit einem speziellen Mandat und einer genau bemessenen Frist für ihre Arbeit eingesetzt werden. Das Präsidium wolle dafür sorgen, dass alle Mitglieder des Konvents so umfassend wie nur möglich an der neuen, entscheidenden Phase der Arbeit des Konvents beteiligt würden, und sehe diese Vorschläge für die Arbeitsmethoden als beste Garantie dafür an, dass der Konvent vor dem Sommer einen möglichst breiten Konsens erreichen könne.

## **2. Außenpolitisches Handeln**

- **Aussprache über den Bericht der Gruppe VII (Vorsitz: Herr Dehaene)**  
**(Dok. CONV 459/02)**

### **i) Vorstellung des Berichts durch Herrn Dehaene**

5. Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene stellte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gruppe VII seinen Bericht (CONV 459/02) vor. Er wies darauf hin, dass Ausgangspunkt der Arbeiten der Gruppe der gemeinsame Wunsch gewesen sei, für eine größere Kohärenz und Effizienz des außenpolitischen Handelns der EU zu sorgen, und er umriss einige der wichtigsten Empfehlungen. Die Gruppe schlage vor, die Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns der EU im Vertrag zu definieren (ein entsprechender Text sei ausgearbeitet worden) und auf ihrer Grundlage dann vom Europäischen Rat spezielle strategische Ziele festlegen zu lassen. Hinsichtlich der Zuständigkeiten werde vorgeschlagen, im Vertrag explizit festzulegen, dass die Union für den Abschluss externer Übereinkünfte in Fragen, die unter ihre interne Zuständigkeit fallen, zuständig sei. Die Gruppe habe geprüft, wie die Regelungen innerhalb der Organe und zwischen ihnen verbessert werden könnten, um die Kohärenz und Effizienz des außenpolitischen Handelns zu verstärken. Es seien mehrere Alternativen für eine Verbesserung der Koordinierung zwischen dem Hohen Vertreter und dem für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglied erörtert worden und schließlich habe eine Mehrheit zu der Lösung tendiert, beide Funktionen auf eine Person zu vereinen, die Mitglied der Kommission wäre, zugleich aber ein eigenes Mandat vom Rat für die GASP erhalten würde und ihm gegenüber in GASP-Fragen Rechenschaft ablegen müsste. Zur Steigerung der Effizienz der Beschlussfassung müssten nach Ansicht der Gruppe die derzeitigen Bestimmungen über die Anwendung der BQM in der GASP besser ausgenutzt werden und die Gruppe empfehle, in den Vertrag die Möglichkeit aufzunehmen, dass der Europäische Rat einstimmig beschließen kann, die Anwendung der BQM künftig auszudehnen. Weit gehende Zustimmung, wenn auch kein Konsens, bestehe darüber, die BQM auf alle Bereiche der Handelspolitik auszudehnen. Weitere Empfehlungen beträfen eine stärkere Kohärenz bei der Außenvertretung der Union, ferner die Politik der Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle des Europäischen Parlaments.

## ii) Aussprache im Plenum

6. Die Mitglieder des Konvents begrüßten im Allgemeinen die Ergebnisse der Arbeiten der Gruppe "Außenpolitisches Handeln" und insbesondere ihre Bemühungen, eine Brücke zwischen unterschiedlichen Standpunkten zu schlagen und eine gemeinsame Grundlage für die unter das Mandat fallenden Fragen zu finden. Die Mitglieder des Konvents wiesen darauf hin, wie wichtig es sei, die Kohärenz zu steigern und die Effizienz zu verbessern, da dies in den Redebeiträgen im Plenum immer wiederkehrende Themen seien. Alle waren sich darin einig, dass die Union aus einem gemeinsamen Vorgehen auf der internationalen Bühne großen Gewinn ziehe und dass sie alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente kohärent und effizient nutzen sollte. Die zentrale Frage bei der Aussprache war, welche Regelungen sowohl in puncto Vertragsänderung als auch in puncto Reform der Arbeitsmethoden dazu beitragen würden, dass die Union ein stärkerer "Global Player" wird, der seine Interessen zu verteidigen und seine Werte zu propagieren vermag. Einige Mitglieder wiesen jedoch darauf hin, dass die wirkliche Frage, die es zu klären gelte, nicht die institutionellen Regelungen innerhalb der EU seien, sondern der politische Wille und die Entschlossenheit, bei wichtigen politischen Themen zu gemeinsamen Standpunkten zu gelangen.
7. Es wurden die nachstehend genannten Themen angesprochen.

### Grundsätze und Ziele

8. Allgemeine Unterstützung fand die Empfehlung der Gruppe, im Vertrag eindeutig die Grundsätze und allgemeinen Ziele, die dem außenpolitischen Handeln der EU zugrunde liegen, zu definieren. Weit gehende Unterstützung fand auch der von der Gruppe vorgeschlagene Text für die Definition dieser "Grundsätze und Ziele". Einige Mitglieder bedauerten allerdings, dass hierin nicht auf die EU-Charta der Grundrechte verwiesen werde. Einige Mitglieder begrüßten es, dass in den Grundsätzen und Zielen als vorrangiges Ziel der Entwicklungspolitik die Beseitigung der Armut insbesondere in den Ländern mit niedrigem Einkommen genannt werde, während andere sich darüber besorgt zeigten, dass eine derartige Formulierung den Spielraum der EU-Entwicklungspolitik einschränken könnte.

### Zusammenhang zwischen Kohärenz und Effizienz und den Strukturen innerhalb der Organe

9. Es wurde weit gehend anerkannt, dass ein Zusammenhang zwischen dem Ziel, die Kohärenz und Effizienz des außenpolitischen Handels zu steigern, und der Organisation und inneren Struktur der Organe besteht. Zahlreiche Mitglieder unterstützten den Vorschlag, den Rat "Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen" in zwei getrennte Ratsformationen aufzuspalten, wodurch eine eigene Ratsformation "Außenpolitisches Handeln" entstünde. Mehrere Mitglieder vertraten die Ansicht, dass dieser Rat von der Person geleitet werden sollte, die die Funktion des Hohen Vertreters wahrnehme; eine Reihe von Mitgliedern äußerte hingegen Zweifel an der Vereinbarkeit der Aufgaben des Hohen Vertreters mit der Aufgabe, den Vorsitz im Rat zu führen, insbesondere dann, wenn eine einzige Person die Funktionen des Hohen Vertreters und des für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds auf sich vereinen würde.
10. Die Empfehlung, eine zentrale Stelle in der Kommission für alle unter ihre Zuständigkeit fallenden Bereiche der Außenbeziehungen vorzusehen, fand breite Zustimmung; mehrere Redner sprachen sich dafür aus, diese Rolle einem Vizepräsidenten der Kommission zu übertragen.
11. Die Bedeutung einer Vermeidung von Doppelarbeit und einer Steigerung der Kohärenz und Effizienz auf Ebene der Dienststellen wurde hervorgehoben, und viele Redner unterstützten den Vorschlag, eine einzige Dienststelle für außenpolitisches Handeln einzurichten. Mehrere Mitglieder erklärten, sie befürworteten die Schaffung eines diplomatischen Dienstes der EU und einer Diplomatenschule, andere wiesen jedoch darauf hin, dass die nationalen Strukturen nicht ersetzt werden könnten, weshalb sie einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen den in den Mitgliedstaaten bestehenden Strukturen den Vorzug gäben.

### Zusammenhang zwischen Kohärenz und Effizienz und den Instrumentarien und Beschlussfassungsverfahren

12. Es bestand Konsens darüber, dass die bestehenden Möglichkeiten einer Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Bereich der GASP und die Bestimmungen, die eine gewisse Flexibilität ermöglichen - wie die konstruktive Enthaltung -, besser ausgenutzt werden müssten. Alle hielten es für nützlich, in den Vertrag eine Bestimmung aufzunehmen, die es dem Europäischen Rat gestatten würde, künftig einstimmig eine Ausweitung der Anwendung der BQM zu beschließen. Einige wollten noch weiter gehen und bereits jetzt eine Ausweitung der BQM im neuen Vertrag vorsehen, um eine effiziente Beschlussfassung in einer erweiterten Union zu erleichtern. Ihrer Ansicht nach trägt das Vorhandensein der Möglichkeit, auf die BQM zurückzugreifen, dazu bei, einen Konsens im Rat zustande zu bringen. Einige Redner wiesen darauf hin, dass es nicht hinnehmbar sei, dass sich ein Mitgliedstaat in einer Frage, in der es um für ihn lebenswichtige Interessen gehe, in der Minderheit befinde, weshalb sie für eine Schutzklausel zur Vermeidung derartiger Situationen eintraten.

13. Vorschläge, die BQM auf alle Bereiche der Handelspolitik einschließlich der Dienstleistungen und des geistigen Eigentums auszuweiten, fanden sehr weit gehende Unterstützung. Einige Mitglieder wiesen aber darauf hin, dass eine Harmonisierung in internen Politikbereichen hiervon unberührt bleiben müsse. Einige rieten von einer Ausweitung der BQM auf diesem Gebiet ab, da sie über die Auswirkungen auf die Verteilung der Zuständigkeiten in internen Politikbereichen besorgt waren.
14. Mehrere Redner wiesen darauf hin, dass für eine Kohärenz zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und anderen Aspekten des außenpolitischen Handelns sowie den außenpolitischen Aspekten der internen Politiken gesorgt werden müsse. Einige erklärten, dass es wichtig sei zu bekräftigen, dass der Schwerpunkt der EU-Entwicklungsprogramme auf der Armutsbekämpfung liege. Eine Reihe von Rednern wies auch darauf hin, dass für eine bessere Koordinierung der politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene mit der Entwicklungspolitik und der Bereitstellung von Mitteln auf nationaler Ebene gesorgt werden müsse.
15. Mehrere Mitglieder unterstützten den Vorschlag, in den Vertrag eine Bestimmung über "gemeinsame Initiativen" aufzunehmen, die verschiedene Aspekte des außenpolitischen Handelns der EU verbinden und somit einen kohärenten Ansatz fördern würden.

#### Zusammenhang zwischen der Fähigkeit zu raschem Handeln in der GASP und der Verfügbarkeit von Finanzmitteln

16. Es wurde darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, dass die Union ihre Beschlüsse in konkrete Maßnahmen umsetzen könne, weshalb dafür gesorgt werden müsse, dass ausreichende Mittel in den GASP-Teil des EU-Haushaltsplans eingesetzt würden. Mehrere Mitglieder des Konvents unterstützten den Vorschlag, dass die Person, die die Funktion des Hohen Vertreters wahrnimmt, dazu befugt sein sollte, rasch die Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel veranlassen zu können, damit umgehend auf Entwicklungen vor Ort reagiert werden könne.

#### Rolle des Europäischen Parlaments

17. Nach Ansicht zahlreicher Mitglieder sollte die Rolle des Europäischen Parlaments beim außenpolitischen Handeln der EU dadurch gestärkt werden, dass das Parlament mehr Informationen von den anderen Organen erhält, dass ihm eine größere Rolle bei der Aushandlung und dem Abschluss internationaler Abkommen zugewiesen wird (Verfahren der Zustimmung zu Abkommen mit finanziellen Auswirkungen auf den EU-Haushalt bzw. zu Abkommen, die Fragen behandeln, über die intern nach dem Mitentscheidungsverfahren entschieden wird) und dass regelmäßige Aussprachen über GASP-Angelegenheiten mit der Person stattfinden, die die Funktion des Hohen Vertreters wahrnimmt.

## Außenvertretung

18. Die meisten Redner wiesen darauf hin, dass es wichtig sei, dass hinsichtlich der Außenvertretung der Union Klarheit herrsche, und waren sich darin einig, dass die Regelungen für die Außenvertretung so gestaltet sein sollten, dass sie zur Fähigkeit der Union beitragen, Einfluss auf internationale Entwicklungen zu nehmen. In den Augen einer beträchtlichen Anzahl von Rednern bedeutet dies, dass die Union einen formalen Status oder eventuell die vollwertige Mitgliedschaft in einschlägigen Sonderorganisationen anstreben sollte. Einige fügten hinzu, dass dies unbeschadet des Status der Mitgliedstaaten in diesen Organisationen geschehen sollte. Einige Redner erklärten, dass die Auswirkungen einer Vertretung des Euro-Raums in den internationalen Finanzinstitutionen weiter geprüft werden müsse. Einige Mitglieder hielten es für wichtiger, eine einheitliche Botschaft zu vermitteln, als über einen einzigen Sprecher oder eine einzige Vertretung zu verfügen. Allgemeine Zustimmung fand die Empfehlung, die Koordinierung in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen zu verbessern.

## Beziehungen zwischen Organen und Akteuren

19. Die Mitglieder des Konvents schlossen sich der Feststellung der Gruppe an, dass im Rahmen der Prüfung der Frage, wie eine verstärkte Kohärenz zwischen außenpolitischen Beschlüssen einerseits und dem Einsatz von Instrumenten im Bereich der Außenbeziehungen andererseits gewährleistet werden kann, auch die Rollen des Hohen Vertreters für die GASP und des für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds eingehender betrachtet werden müssen.
20. Mehrere Redner vertraten die Ansicht, dass beide Funktionen von der Kommission wahrgenommen werden sollten. Einige von ihnen stellten die in den Empfehlungen der Gruppe genannte Option in Frage, wonach beide Funktionen von ein und derselben Person wahrgenommen werden sollten ("Doppelfunktion"): andere könnten dies als Zwischenschritt akzeptieren. Einige weitere Redner gaben dieser Option den Vorzug, da sie den Vorteil habe, dass die speziellen Regelungen für einzelne Politikbereiche respektiert und zugleich doch eine Gesamtkohärenz gewährleistet werden könnte.

21. Nach Ansicht einer Reihe von Mitgliedern sollten beide Funktionen voneinander getrennt bleiben, doch sollten praktische Maßnahmen ergriffen werden, um die Zusammenarbeit zu verstärken und die Kohärenz zwischen den beiden Politikbereichen zu verbessern. Dem Rat komme in der Außenpolitik eine zentrale Rolle zu und die spezielle Beziehung des Hohen Vertreters insbesondere zu Regierungen und Außenministern sollte erhalten bleiben. Zudem seien die ESVP und die militärischen Fähigkeiten ein wichtiges Instrumentarium zur Unterstützung der Außenpolitik, und Verantwortlichkeiten im Verteidigungsbereich könnten nicht der Kommission übertragen werden. Die Durchführbarkeit der Option der "Doppelfunktion", ihre Auswirkungen auf die Art und Funktionsweise des Kollegiums der Kommission und die Schwierigkeit für eine einzige Person, zwei Organen rechenschaftspflichtig zu sein, wurden besonders angesprochen. Nach Ansicht einiger Mitglieder wäre es nicht wünschenswert, wenn eine Person mit "Doppelfunktion" bzw. ein "Europäischer Vertreter für Auswärtiges" den Vorsitz im Rat "Außenpolitisches Handeln" führen würde; andere hielten es aus Kohärenzgründen für wichtiger, dass der Hohe Vertreter den Vorsitz im Rat führt als dass eine Person die Aufgaben des Hohen Vertreters und des für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds auf sich vereint.
22. Ein Mitglied empfahl die Schaffung des Postens eines EU-Außenministers, der unter der Aufsicht des Präsidenten des Europäischen Rates tätig wäre und die Rolle des derzeitigen Hohen Vertreters mit Zuständigkeiten auch für Außenbeziehungen wahrnehmen würde.
23. Eine beträchtliche Anzahl von Rednern vertrat die Ansicht, dass die Frage der Rollen des Hohen Vertreters und des für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds eingehender im Rahmen der breiter angelegten institutionellen Debatte erörtert werden sollten.

iii) **Schlussbemerkungen**

24. Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene wies darauf hin, dass die Gruppe bei ihrer Arbeit bestrebt gewesen sei, das gegenseitige Verständnis zu fördern und die unterschiedlichen Standpunkte zu einer Reihe von Fragen einander anzunähern. Die Mitglieder der Gruppe hätten das Ziel geteilt, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen, die es der Union ermöglichen würde, Schritte hin zu effizienterem und kohärenterem Handeln einzuleiten. Er verwies darauf, dass eine Reihe von Empfehlungen der Gruppe im Plenum breite Unterstützung gefunden habe.



25. Auf einige der Bemerkungen erwiderte er Folgendes: Die BQM im Bereich der GASP sollte als wichtiges Werkzeug zur Herbeiführung eines Konsenses angesehen werden; eine Mitgliedschaft der Union in internationalen Organisationen würde den Status der Mitgliedstaaten in diesen Organisationen nicht beeinträchtigen, und die Vorschläge für einen diplomatischen Dienst und eine Diplomatschule der EU seien so zu verstehen, dass diese die entsprechenden Einrichtungen der Mitgliedstaaten ergänzen und nicht ersetzen sollten. Schließlich bekräftigte er noch, dass die in den Empfehlungen des Berichts enthaltene Option, ein und dieselbe Person die Aufgaben des Hohen Vertreters und des für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds ausüben zu lassen, vorgelegt worden sei, um zwei Erfordernisse ausgewogen zu berücksichtigen: zum einen das Erfordernis, die unterschiedlichen Regelungen für die Politikgestaltung in der GASP bzw. für andere Aspekte der Außenbeziehungen, aufrecht zu erhalten, und zum anderen das Erfordernis, die Kohärenz im gesamten Spektrum des außenpolitischen Handelns der EU zu verstärken.
26. Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene hielt fest, dass die Rolle des Hohen Vertreters und die Zuständigkeiten der Kommission beim außenpolitischen Handeln sowie spezielle Fragen bezüglich der "Doppelfunktion" im Rahmen der breiter angelegten institutionellen Debatte weiter erörtert werden.

### **Verteidigung**

- **Aussprache über den Bericht der Gruppe VIII (Vorsitz: Herr Barnier)**  
**(Dok. CONV 461/02)**

#### **i) Vorstellung des Berichts durch Herrn Barnier**

27. Herr Barnier, Vorsitzender der Gruppe VIII, stellte seinen Bericht (CONV 461/02) vor. Er wies darauf hin, dass der erste Teil des Berichts deskriptiv sein solle; dies sei wichtig, wenn man die anschließenden Empfehlungen in ihrem Kontext betrachten wolle. Das Thema Verteidigung habe naturgemäß eine besondere Verpflichtung für die Gruppe geschaffen, Empfehlungen auszuarbeiten, die sowohl realistisch als auch glaubwürdig seien. Unterschiedliche Mitglieder der Gruppe hätten sich unter unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem Thema auseinander gesetzt. Dennoch enthalte der zweite Teil des Berichts eine Reihe von Empfehlungen, die in der Gruppe breite Unterstützung gefunden hätten; auf Meinungsunterschiede werde im Bericht recht deutlich hingewiesen. Da die Fähigkeiten, der Hintergrund und die Ziele der Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich seien, was sich in den Beiträgen der Mitglieder

der Gruppe widerspiegele, sei die Notwendigkeit von Flexibilität deutlich geworden. Ein besonders wichtiger Teil des Berichts sei daher der Abschnitt, der Vorschläge enthalte für die Entwicklung spezieller Formen der engeren Zusammenarbeit zwischen denjenigen Mitgliedstaaten, die bestimmte Aspekte der ESVP weiter ausbauen wollten. Herr Barnier begrüßte die unlängst erzielte Einigung über Dauervereinbarungen zwischen der Union und der NATO, die den Weg für eigenständige Operationen der Union in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und in Bosnien eröffnet hätten. Er ging kurz auf die wichtigsten Empfehlungen der Gruppe ein.

## ii) Aussprache im Plenum

28. Bei der Aussprache fanden die Ergebnisse der Gruppe große Unterstützung und viele Redner billigten uneingeschränkt die Empfehlungen des Berichts. Mehrere Redner wiesen auf die Bedeutung des Verweises auf die Gesamtziele der ESVP in dem Bericht hin, sowie insbesondere darauf, dass die Empfehlungen der Gruppe nicht bezweckten, die Union in eine Militärallianz umzuwandeln. Einige wenige Redner erklärten, dass es wichtig sei, dass die ESVP ein Teil der GASP der Union bleibe; für einige unter ihnen bedeutet dies, dass der Verfassungsvertrag kein eigenes Kapitel über Verteidigung enthalten sollte. Ein Redner konnte den Bericht nicht unterstützen, da seiner Meinung nach Verteidigungs- und Sicherheitsfragen den einzelnen Mitgliedstaaten und der NATO überlassen bleiben sollten. Ein anderer Redner würde jeden weiteren Schritt zum Ausbau der ESVP bedauern; stattdessen trat er für eine Demilitarisierung der Union ein.
29. Die Empfehlungen des Berichts zur Aktualisierung der Petersberg-Aufgaben wurden von der großen Mehrheit der Redner unterstützt. Ein Redner bat um die Zusicherung, dass die "Konfliktverhütung" als zusätzliche Aufgabe der Union kein präventives militärisches Vorgehen gestatten würde. Breite Unterstützung fanden auch die Vorschläge zur Gewährleistung größerer Kohärenz und Effizienz bei der Durchführung von Krisenbewältigungsoperationen. Einige Redner begrüßten insbesondere die Empfehlung, die Rolle des Hohen Vertreters bei Krisenbewältigungsoperationen zu stärken; einige hoben hervor, dass (worauf im Bericht klar hingewiesen werde) der Hohe Vertreter unter der Aufsicht des Rates und in engem und ständigem Kontakt mit dem PSK handeln sollte und dass etwaige neue Regelungen die Integrität der militärischen Führung beachten sollten.

30. Die Empfehlung, einen Fonds zur Finanzierung der Vorbereitungsphasen von Krisenbewältigungsoperationen einzurichten, fand breite Unterstützung. Ein Redner wies darauf hin, wie wichtig es sei, eine Lösung für die Frage der Finanzierung der gemeinsamen Kosten der militärischen Aspekte von Krisenbewältigungsoperationen zu finden.
31. Eine Reihe von Rednern begrüßte die Empfehlungen, mit denen die Flexibilität bei der Beschlussfassung gefördert werden soll. Andere hingegen hatten die Sorge, dass Regelungen zur Förderung der Flexibilität Uneinigkeit stiften könnten. Es wurde insbesondere vorgeschlagen, dass sich derartige Regelungen auf bestehende Einrichtungen der Union stützen sollten. Mehrere Redner befürworteten den Vorschlag, eine Form der engeren Zusammenarbeit (nach dem Vorbild des Euro-Raums) für diejenigen Mitgliedstaaten, die dies wünschten, einzuführen. Einige Redner wiesen darauf hin, dass es wichtig sei, Kriterien für eine Teilnahme festzulegen, einer betonte jedoch, dass derartige Kriterien so ausgelegt sein sollten, dass ein Ausschluss derjenigen Mitgliedstaaten vermieden werde, die über eingeschränktere militärische Ressourcen verfügten. Eine Reihe von Rednern unterstützte eine Ausweitung der verstärkten Zusammenarbeit auf die ESVP. Einige andere zeigten sich jedoch zurückhaltender und riefen zu weiteren Überlegungen auf. Ein Redner betonte insbesondere, dass die bereits im Rahmen des Vertrags vorgesehenen Aufgaben (z.B. die Petersberg-Aufgaben) weiterhin uneingeschränkt von allen EU-Staaten gutgeheißen werden müssten.
32. Weit gehende Unterstützung fand der Vorschlag, in den Vertrag eine Solidaritätsklausel aufzunehmen, die den Rückgriff auf das gesamte Instrumentarium der EU (einschließlich der militärischen Mittel und der ESVP-Strukturen, aber auch der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit, des Bevölkerungsschutzes, der Grenzkontrollen usw.) ermöglichen würde, um die Mitgliedstaaten dabei unterstützen zu können, Terroranschläge im Gebiet der Union zu bekämpfen und die Zivilbevölkerung und die demokratischen Institutionen zu schützen. Einige Redner legten Wert darauf, dass bei der Anwendung einer derartigen Klausel die im Bericht der Gruppe genannten Parameter respektiert werden.
33. Eine Reihe von Rednern wollte noch weiter gehen und den Anwendungsbereich einer derartigen Klausel ausdehnen; sie unterstützten daher die Idee einer "Klausel über die Solidarität und die gemeinsame Sicherheit", die sich nicht auf die terroristische Bedrohung beschränken würde. Nach Ansicht mehrerer Redner sollte der künftige Vertrag eine Klausel der kollektiven Verteidigung enthalten, eventuell in Form eines Protokolls, das diejenigen Mitgliedstaaten

unterzeichnen könnten, die dies wünschten. Nach Ansicht einiger dieser Redner würde es hierdurch möglich, die noch verbleibenden WEU-Verteidigungsverpflichtungen nach Artikel V des Brüsseler Vertrags in den Rahmen der EU aufzunehmen. Mehrere Redner lehnten die Aufnahme einer Klausel der kollektiven Verteidigung in den Vertrag strikt ab. Ein Mitglied könnte die Aufnahme der Verpflichtung nach Artikel V des WEU-Vertrags in ein Protokoll in Betracht ziehen, sofern dieses durch die Bestimmungen des Artikels IV desselben Vertrags ergänzt würde.

34. Der Vorschlag, Pools aus bestimmten zivilen oder militärischen Spezialeinheiten im Bereich des Bevölkerungsschutzes zu schaffen, wurde begrüßt. Ein Redner bat um Bestätigung, dass auf diese Pools bei Naturkatastrophen zurückgegriffen werden könnte.
35. Einstimmig wurde die Empfehlung unterstützt, eine europäische Agentur für Rüstung und strategische Forschung zu errichten. Nach Ansicht einiger Redner sollte dies mit einer stärkeren Markttöffnung im Verteidigungssektor einhergehen, die schließlich zur Schaffung eines Binnenmarkts in diesem Bereich führen würde. Ein Redner rief mit Blick auf die Erreichung dieses Ziels dazu auf, den derzeitigen Artikel 296 zu überarbeiten. Mehrere Redner wiesen darauf hin, dass angemessene Fähigkeiten für die Glaubwürdigkeit der ESVP von Bedeutung seien, weshalb sie die Empfehlungen der Gruppe bezüglich eines Evaluierungsmechanismus für die Fähigkeiten begrüßten. Insbesondere wurde hervorgehoben, dass es in diesem Bereich wichtiger sei, zu bewerten, was am Ende herauskomme, als was am Anfang eingebracht werde. Breite Unterstützung fand auch die Empfehlung, einen Rat "Verteidigung" zu schaffen.
36. Hinsichtlich der institutionellen Strukturen unterstützte eine beträchtliche Anzahl von Rednern die Empfehlung, dass der Hohe Vertreter weiterhin für die ESVP zuständig sein sollte. Mehrere Redner betonten, wie wichtig eine angemessene parlamentarische Kontrolle im Bereich der ESVP sei. Nach Ansicht einiger von ihnen ist dies im Wesentlichen eine Aufgabe für die nationalen Parlamente (es wurde vorgeschlagen, den Bericht der Gruppe den nationalen Parlamenten zur Kenntnis zu bringen). Einige wenige Redner waren hingegen der Ansicht, dass das Europäische Parlament hier eine größere Rolle spielen sollte, wobei sie sogar dafür eintraten, dass vor Einleitung einer Operation deren Billigung durch das Europäische Parlament erforderlich sein sollte. Es wurde nach der Zukunft der Parlamentarischen Versammlung der WEU für den Fall gefragt, dass die noch verbleibenden WEU-Verpflichtungen in den EU-Rahmen aufgenommen würden; einige schlugen vor, dass die Rolle dieser Versammlung vom Europäischen Parlament übernommen werden sollte.

### iii) Schlussbemerkungen

37. Herr Barnier begrüßte die sehr positive Aufnahme des Berichts der Gruppe durch den Konvent. In einigen Punkten hätten die Empfehlungen der Gruppe nahezu vollständige Unterstützung gefunden. Abschließend hielt er Folgendes fest:

- a) Es bestehe Konsens über den Vorschlag, die Petersberg-Aufgaben zu aktualisieren, sowie über die Vorschläge zur Verbesserung der Kohärenz und Effizienz bei der Krisenbewältigung.
- b) Die Solidaritätsklausel habe im Konvent eine sehr weit gehende Unterstützung gefunden. Sie wäre im neuen Vertrag sorgfältig auszuformulieren, damit hinsichtlich des Anwendungsbereichs und der Bandbreite der zur Verfügung stehenden Instrumente Klarheit bestehe.
- c) Der Vorschlag zur Errichtung einer Agentur für Rüstung/Fähigkeiten sei unterstützt worden.
- d) Starke Unterstützung habe der Vorschlag gefunden, dass der Hohe Vertreter weiterhin für die ESVP zuständig sein solle. Bei den künftigen Erörterungen über die Frage der institutionellen Regelungen im Bereich des außenpolitischen Handelns im Allgemeinen (im Anschluss an die Aussprache über den Bericht der Gruppe VII) sollte dies berücksichtigt werden.
- e) Kein Konsens sei hinsichtlich der Vorschläge erzielt worden, sowohl im Bereich der Krisenbewältigung als auch im Bereich der kollektiven Verteidigung mehr Flexibilität einzuführen. Man habe jedoch feststellen können, dass eine Reihe von Mitgliedern des Konvents eindringlich dazu aufgerufen habe, in diesen Bereichen weiter zu gehen. Das Präsidium müsse über die Konzertierung zwischen den möglichen Formen einer engeren Zusammenarbeit, der Tragweite einer alle EU-Mitglieder einbeziehenden Verteidigungspolitik und der erforderlichen politischen Solidarität Aller nachdenken.
- f) Es sei auch nachdrücklich zu einer angemessenen parlamentarischen Kontrolle aufgerufen worden, die in erster Linie durch die nationalen Parlamente erfolgen sollte.

### **3. Fragestunde**

38. Es wurden keine Fragen gestellt.

## **II. NÄCHSTE TAGUNG DES KONVENTS**

39. Der Vorsitzende kündigte an, dass die nächste Tagung des Konvents am Montag, den 20. Januar (nachmittags) und am Dienstag, den 21. Januar (vormittags) stattfinden werde. Thema der Tagung sei die Funktionsweise der Organe.

---

**Plenartagung am 20. Dezember 2002**

**LISTE DER REDNER**

**in der Reihenfolge der Beiträge**

**Außenpolitisches Handeln - Verteidigung**

**Aussprache über den Bericht der Gruppe VII (Vorsitz: Herr Dehaene) (Dok. CONV 459/02)**

**Aussprache über den Bericht der Gruppe VIII (Vorsitz: Herr Barnier) (Dok. CONV 461/02)**

Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament

Herr René van der LINDEN - Niederlande (Parlament)

Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)

Herr Louis MICHEL - Belgien (Regierung)

Herr Antonio VITORINO – Kommission

Herr Paraskevas AVGERINOS - Griechenland (Parlament)

Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)

Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament

Herr Frans TIMMERMANS - Niederlande (Parlament)

Herr Lamberto DINI - Italien (Parlament)

Herr Kimmo KILJUNEN - Finnland (Parlament)

Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)

Frau Lena HJELM-WALLEN - Schweden (Regierung)

Frau Marta FOGLER - Polen (Parlament)

*(Blaue Karten: Kiljunen, Serracino-Inglott, Hain, MacLennan, Kelemen)*

Herr Henning CHRISTOPHERSEN - Dänemark (Regierung)

Herr Valdo SPINI - Italien (Parlament)

Herr John CUSHNAHAN - Europäisches Parlament

Herr Michael ATTALIDES - Zypern (Regierung)

Herr Pierre LEQUILLER - Frankreich (Parlament)

Herr Dick ROCHE - Irland (Regierung)

Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament

Herr Gijs de VRIES - Niederlande (Regierung)

Herr Klaus HÄNSCH - Europäisches Parlament

Herr Carlos CARNERO - Europäisches Parlament  
Herr Peter SKAARUP - Dänemark (Parlament)  
Herr Rytis MARTIKONIS - Litauen (Regierung)  
Herr Ivan KORCOK - Slowakische Republik (Regierung)  
Herr John BRUTON - Irland (Parlament)  
Frau Linda McAVAN - Europäisches Parlament  
Herr Ernâni LOPES - Portugal (Regierung)  
Herr Josep BORRELL - Spanien (Parlament)  
Herr Gianfranco FINI - Italien (Regierung)  
Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)  
Herr Henrik HOLOLEI - Estland (Regierung)  
*(Blaue Karten: Hain, MacCormick)*  
Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)  
Frau Piia-Noora KAUPPI - Europäisches Parlament  
Herr Alfonso DASTIS - Spanien (Regierung)  
Herr Henrik Dam KRISTENSEN - Dänemark (Parlament)  
Herr Dominique de VILLEPIN - Frankreich (Regierung)  
Frau Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament  
Herr Adrian SEVERIN - Rumänien (Parlament)  
Frau Maria Eduarda AZVEDO - Portugal (Parlament)  
Herr Aloiz PETERLE - Slowenien (Parlament)  
Frau Sylvia-Yvonne KAUFMANN - Europäisches Parlament  
Herr Jan FIGEL - Slowakische Republik (Parlament)  
Herr Ysar YAKIS - Türkei (Regierung)  
Herr Pronsias DE ROSSA - Irland (Parlament)  
Herr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)  
*(Blaue Karten: Fayot, Hain, van Eekelen, MacCormick)*  
Herr Joschka FISCHER - Deutschland (Regierung)  
Herr Edmund WITTBRODT - Polen (Parlament)  
Frau Irena BELOHORSKÁ - Slowakische Republik (Parlament)  
*(Blaue Karte: Kiljunen)*  
Frau Pervenche BERÈS - Europäisches Parlament  
Herr Georges KATIFORIS - Griechenland (Regierung)  
Herr Jacques SANTER - Luxemburg (Regierung)



Frau Teresa ALMEIDA GARRETT - Europäisches Parlament  
Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)  
Herr István SZENT-IVANYI - Ungarn (Parlament)  
Herr William ABITBOL - Europäisches Parlament  
Frau Gisela STUART - Vereinigtes Königreich (Parlament)  
Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)  
Herr Alejandro MUÑOZ ALONSO - Spanien (Parlament)  
Frau Riitta KORHONEN - Finnland (Parlament)  
Herr Liviu MAIOR - Rumänien (Parlament)  
Herr Hennes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)  
Frau Cristiana MUSCARDINI - Italien (Parlament)  
Herr Rihards PIKS - Lettland (Parlament)  
Herr Jan KOHOUT - Tschechische Republik (Regierung)  
Herr Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)  
Herr Kemal DERVIS - Türkei (Parlament)  
*(Blaue Karten: Spini, Kiljunen, Dini)*  
Herr Joschka FISCHER - Deutschland (Regierung)

---